

Bräuer-Beitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 25.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 23. Juni 1905.

Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

Der Zuzug von Brauereiarbeitern nach Rheinland und Westfalen ist fernzuhalten.

Zur Aussperrung in Rheinland-Westfalen

Immer mehr Beweise treten zutage, daß es sich bei dem Gewaltakt gegen die organisierten Brauereiarbeiter um einen lange vorbereiteten Plan handelt, daß das freie Spiel mit Hunderten von Existenzen seitens des Großkapitals im rheinisch-westfälischen Brauereiverband bestimmten geschäftlichen Interessen dient, daß ihm der Kampf lediglich Mittel zum Zweck ist, gleichermaßen gegen die Organisation der Brauereiarbeiter wie gegen die Wirte und die Kleinbrauereien gerichtet, und daß alle gegenteiligen Erklärungen von jener Seite Heuchelei und Komödie ist. Das hat sich auch jetzt wieder gezeigt bei dem Verschleppungsmanöver des Dr. Kreuzbauer, in dem sich Wollen und Wirken des Großkapitals im Brauereiverbande verkörpert.

Am 5. Juni sollte Unterhandlung stattfinden. Sie wurde im letzten Augenblick von Dr. Kreuzbauer vertagt. Diese Vertagung begründete Dr. Kreuzbauer in dem betr. Schreiben an Kollegen Bauer wie folgt: Voraussetzung für die Verhandlung war die,

„daß wir so zeitig in den Besitz der von Ihnen in Aussicht gestellten Nachweisungen über den Umfang der noch ausgesperrten Brauereiarbeiter gelangen würden, um auf Grund derselben bei unseren Mitgliedern Informationen einholen und zur Sitzung zur Verfügung haben zu können. Diese Voraussetzung ist leider nicht eingetroffen und es ist demzufolge ganz unmöglich, bis zu dem in Aussicht gestellten Termin die unternormt unbedingte notwendigen Nachprüfungen vornehmen zu können.“

Dr. Kreuzbauer muß wohl selbst nachträglich gefühlt haben, daß diese Begründung zu plump war, denn die Zahl der noch ausgesperrten Brauereiarbeiter, wie sie von Seiten des Brauereiarbeiterverbandes angegeben war, nach zu prüfen, waren weder Dr. Kreuzbauer noch die Mitglieder des Brauereiverbandes in der Lage, da mußten sie sich immer wieder an die Stellen wenden, die diese Zahlen angegeben hatte. Er hat dann in der Presse das Verschleppungsmanöver in anderer Form zu rechtfertigen versucht, mit demselben Geschick, mit noch fadenscheinigeren Gründen. Dort erklärte er, daß der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter nochmals eine Umfrage über die Zahl derjenigen veranstalten sollte, welche in den Verbandsbrauereien „ausgestellt“ (ausgesperrt) blünte ihm wohl selbst schon zu — gewöhnlich waren oder die Arbeit niedergelegt hatten“, um diese nachprüfen zu können, weil sich bei der Vorbesprechung in Köln (Schon viel früher, Herr Dr. D. Ned.) herausgestellt hatte, daß die vom Brauereiarbeiterverband angegebene Zahl mit der vom Brauereiverband ermittelten in ihren Endziffern nicht übereinstimmten. Zum Zweck dieser Nachprüfung hätte der Brauereiverband selbstverständlich auch eine Umfrage bei sämtlichen Verbandsbrauereien veranstalten müssen und hätten — auch selbstverständlich nach Dr. Kreuzbauer —

„die zu diesem Zweck auszugehenden Fragebogen genau mit den von der Arbeiterschaft angegebenen übereinstimmen“ müssen, um auf diese Weise vergleichbare Resultate zu erzielen. Unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Beibringung des Zahlenmaterials auf beiden Seiten sollte alsdann am Montag, den 5. Juni, die Verhandlung in Köln weitergeführt werden. Nun aber traf das Ergebnis der von der Arbeiterschaft angestellten Umfrage erst am Freitag, den 2. Juni, abends bei dem Verband ein, es konnten also die daraufhin vom Verband auszugehenden Fragebogen erst tags darauf, d. h. also Sonnabend abend, zur Post gegeben werden, und so ergibt sich ohne weiteres, daß es dem Verband unmöglich war, bis zu dem für die weiteren Verhandlungen angelegten Termine das Ergebnis auf die Umfrage zusammenzubekommen, und jedermann wird es wohl gerechtfertigt finden, wenn der Verband die von der Arbeiterschaft übermittelten Ziffern nicht ohne jede Prüfung als zuverlässig anerkennen konnte. Aus dem Gesagten geht also unzweifelhaft hervor, daß dem Verband an der Verzögerung der Verhandlung keinerlei Schuld trifft, daß vielmehr die gegen ihn erhobenen Vorwürfe jeder Begründung entbehren.“

Dieses Jongleurkunststückchen übertrifft manches bisher von Dr. Kreuzbauer Geleistetes und spekuliert auf kreuz-dummes Lesepublikum. Von der seinerseits notwendigen Ermittlung der noch ausgesperrten zur Nachprüfung, auf welche er sich in seinem Schreiben an den Vorsitzenden Bauer stützte, und

welche allein eine Vertagung der Verhandlung erforderlich — aber noch lange nicht notwendig — erscheinen lassen könnte, ist in diesem Rechtfertigungsartikel nicht mehr die Rede, weil eben diese Ermittlung für Dr. Kreuzbauer überflüssig und unmöglich war. Nun muß die Ermittlung der Ausgesperrten und in den Ausstand Getretenen zur Nachprüfung als Entschuldigung dienen, für welche ihm die Zeit zu kurz gewesen sei, um die Verhandlung stattfinden zu lassen, weil — das Ergebnis der Umfrage des Brauereiarbeiterverbandes zu spät eingetroffen sei. Das nennt man jonglieren können, und dem Doktor tut's so leicht keiner nach. Aber es kommt noch besser! Nachdem Dr. Kreuzbauer die erste Ausrede, weil unhaltbar, preisgegeben mußte, begab er sich überhaupt des einzigen Stützpunktes, und nun ist er auf schwankendem Moore, schlägt einen Purzelbaum nach dem andern, um nicht in seiner eigenen Vogil zu erstickern.

Zunächst sei festgestellt, daß Dr. Kreuzbauer wissenschaftlich die Unwahrheit behauptet, daß die Vertretung der Arbeiterschaft um Anbahnung neuer Friedensverhandlungen gebeten hätte. Das ist nicht und wird nicht geschehen, Herr Doktor. Im übrigen behauptet Dr. Kreuzbauer: Weil erst am 2. Juni das Ergebnis der Umfrage des Brauereiarbeiterverbandes bei ihm einlief, konnten erst daraufhin, also tags darauf, die von ihm auszuarbeitenden Fragebogen versandt werden, weil eine Nachprüfung des Ergebnisses des Brauereiarbeiterverbandes nur möglich war, wenn „die zu diesem Zweck auszugehenden Fragebogen genau mit den von der Arbeiterschaft übereinstimmen“, um so ein vergleichbares Resultat zu erzielen. Deshalb ergibt sich ohne weiteres, weil es ihm unmöglich war, das Ergebnis seiner Umfrage bis zum 5. Juni zusammenzubekommen, daß ihn, bezw. den Brauereiverband, an der Verzögerung der Unterhandlungen keine Schuld trifft, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe jeder Begründung entbehren. Spottet seiner selbst und weiß nicht viel!

Dr. Kreuzbauer hat unsere Fragebogen gar nicht zu Gesicht bekommen, er konnte seine Fragebogen also auch gar nicht mit den unseren in genaue Übereinstimmung bringen. Er sagt ja selbst, daß er nur das Ergebnis, also das zusammengestellte Material in Tabellenform, erhalten hat. Und trotzdem hat Dr. Kreuzbauer nun die Fragebogen, auch ohne unsere gesehen zu haben, fertig bekommen, und zwar, was das Bemerkenswerte dabei ist, noch dazu so gar nicht mit unseren übereinstimmend. Unsere Fragen lauteten: 1. Wieviel sind ausgesperrt bezw. in den Ausstand getreten, 2. wieviel davon sind noch vorhanden. Und Dr. Kreuzbauers Fragen lauteten: 1. Wieviel sind ausgesperrt, 2. wieviel sind in den Ausstand getreten, und wahrscheinlich 3., wieviel Stellen sind noch unbesetzt. Da sich aber nun die Ausrede, daß er auf unser Ergebnis warten mußte, um seine Fragebogen darnach aufzustellen, die an sich schon unsinnig, nun als Spiegelschere erweist, schon auch aus dem Grunde, weil die so einfachen Fragen klar zutage lagen, so fragen wir: Warum konnte er nicht zu gleicher Zeit wie wir die Fragebogen abschicken, um das Zahlenmaterial rechtzeitig beizubringen, und warum hat er es nicht getan? Aus dem einfachen Grunde, um einen Vorwand zu haben, die Verhandlungen zu verschleppen! Der ehrliche Wille vorausgesetzt, konnte die Verhandlung selbst ohne das Dr. Kreuzbauersche Ergebnis der Umfrage stattfinden, weil die genaue Feststellung der Ausgesperrten bezw. in den Streit Getretenen resp. die Nachprüfung so ganz neben-sächlich bei der Verhandlung ist und auch tatsächlich bei der Verhandlung am 16. Juni noch war. Doch Dr. Kreuzbauer nimmt sich Zeit, er weiß, daß, je länger der Kampf dauert, desto größer die Erbitterung, desto schwerer eine Einigung. Und alles dient den Zwecken des Großkapitals, den Scharfmachtentendenzen im Brauereiverband, dem er dient. Zeichen muß es geben unter den Wirten, den Kleinbrauereien, — die Arbeiterorganisation soll

unterdrückt werden, das ist sein Prinzip. Und alle Vorteile gelten ihm. Ihn in seiner gut bezahlten, geschützten Stellung sichts nichts an. In der Zeit, wo er die Vorbedingungen zur Verhandlung schaffen sollte, fuhr er im Lande umher, um ringfreie Brauereien zur Einstellung der Lieferung zu bewegen und ihnen zu erzählen: „Die Arbeiter dürften nicht gewinnen, koste es, was es wolle!“ Mit dem „nicht gewinnen“ meinte er ihre völlige Unterdrückung, entsprechend seinem auf der Konferenz der Brauereiverbände in Berlin vertretenen Standpunkt, und tatsächlich hat er sich in der Verhandlung am 16. Juni als Oberbeschaffmacher gezeigt, und sein gegenüber den Interessen der Allgemeinheit rücksichtsloser Standpunkt ist bestimmend für die Stellung der Vertreter des Großkapitals, mit denen ohne Dr. Kreuzbauer tatsächlich eher ein annehmbarer Friede zustande kommen würde, als mit ihm. Dr. Kreuzbauer will eine Beendigung des Kampfes auf einer der Arbeiterschaft annehmbaren Grundlage verhindern, mögen auch so und so viele darüber zugrunde gehen, und darnach richtet er seine Handlungen ganz souverän, von niemandem zurechtgewiesen. Auf sein Haupt fallen in erster Linie die Folgen dieses Kampfes.

In der schon angedeuteten Verhandlung am 16. Juni erklärte Dr. Kreuzbauer, daß nur noch 70 Stellen in den ganzen Brauereien frei wären und nur noch soviel eingestellt werden könnten. Man ließ wohl von Seiten der Brauereiverbände eine andere Auffassung durchblicken, doch Dr. Kreuzbauer winkte energisch ab, und waren jene ja auch „ohne Vollmacht“ erschienen. Also wieder Verschleppung. Es eilt den Herren nicht, wenn es recht vielen kleineren Brauereien auch schon recht unbehaglich sein mag.

Am 27. Juni soll der Brauereiverband zur Beratung über die Einigungsbedingungen zusammenkommen und daran soll sich eine Unterhandlung mit den Vertretern der Arbeiter knüpfen. Nach der in der letzten Verhandlung vertretenen Auffassung der Unternehmener über die Einstellung der Brauereiarbeiter erscheint es uns ausgeschlossen, daß an diesem Tage oder in absehbarer Zeit eine Einigung zustande kommt, daß vielmehr der Kampf solange weiter geführt werden muß, bis in den verschiedenen einzelnen Orten die Unternehmener zu einem annehmbaren Frieden bereit sein werden, ohne nach dem Kommando der obersten Stelle des Brauereiverbandes zu hören.

Unser Kampf um das Koalitionsrecht in Rheinland-Westfalen hat erklärlicherweise auch die Aufmerksamkeit unserer amerikanischen Berufsgenossen erregt. In der letzten Sitzung der internationalen Exekutiv des Verbandes der Brauereiarbeiter in Amerika kam derselbe zur Sprache und wurden als 1. Rate dem Deutschen Brauereiarbeiterverband 500 Dollar (2085 Mk.) zur Unterstützung überwiesen, mit dem Hinweis, daß die Total-Union ebenfalls ihr Scherlein beitragen werden.

Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

tagte vom 22. bis 28. Mai im „Gärtchen“ in Köln. Die Tagesordnung haben wir i. Z. bekannt gegeben. Als 9. Punkt der Tagesordnung wurde noch hinzugefügt: „Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels“. Bertraten waren 1252000 Organisierte durch 215 Delegierte. Die Zahl der Organisierten war bei Tagung des Kongresses in den verflochtenen Zeiträumen folgende: auf dem Kongress in Halberstadt 1892 waren rund 300000 Organisierte vertreten, 1896 (Berlin) 271000, 1899 (Frankfurt) 495000, 1902 (Stuttgart) 681000 und 1905 (Köln) 1252000. Wie Legien, Vorsitz der Generalkommission, in seiner Eröffnungsrede hervorhob, können wir mit Genugtuung auf diese Entwicklung zurückblicken, aber zufrieden dürfen wir bei alledem nicht sein, denn noch stehen Millionen der Bewegung fern, die herangezogen und organisiert werden müssen. Jedes Recht reicht nur so weit, als Macht dahinter steht, und diese Macht wollen wir uns erobern.

Die finanzielle Entwicklung ist ebenso erfreulich. 1891 hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 4,02 Mark pro Kopf, 1903 eine Einnahme von 18,50 Mark. Der Kassenbestand betrug 1891 425000 Mark, pro Kopf 1,53 Mark. 1903 aber 16109000 Mark oder pro Kopf 14,59 Mark. Nachfolgend geben wir die verschiedenen Beschlüsse des Kongresses wieder.

Kollegen! Unterstützt die Streifenden und Ausgesperrten in Rheinland-Westfalen!

